



MEDIENLANDSCHAFT AUSSENPOLITISCHE ORIENTIERUNG JUSCHTSCHENKO UND DIE PARTEI UNSERE UKRAINE

■ ANALYSE		
Massenmedien in der Ukraine		2
Von Maria Lukyanova, Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Medienreichweite und Pressefreiheit		5
■ DOKUMENTATION		
Anhörung des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit		7
Committee to Protect Journalists: die Mediensituation nach der Orangen Revolution		8
■ DOKUMENTATION		
Der Konflikt um die Entlassung des Außenministers		11
■ UMFRAGE		
Die außenpolitische Orientierung der ukrainischen Bevölkerung		14
■ KOMMENTAR		
Ist Nascha Ukraina noch zu retten? Der schleichende Niedergang der Partei des Präsidenten		16
Von Ralf Wachsmuth, Kiew		
■ DOKUMENTATION		
Präsident Viktor Juschtschenko zur politischen Lage		19
■ CHRONIK		
Vom 28. November bis zum 12. Dezember 2006		21

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 23. Januar 2007.



Analyse

Massenmedien in der Ukraine

Von Maria Lukyanova, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Seit zwei Jahren gibt es für Journalisten in der Ukraine andere politische Rahmenbedingungen. Mit der Orangen Revolution haben viele die Hoffnung auf qualitative Verbesserungen in der Medienpolitik sowie in der journalistischen Praxis verbunden. Doch Theorie und Praxis stimmen oft nicht überein. Die fehlende wirtschaftliche Rentabilität bringt viele Massenmedien weiterhin in eine fragwürdige finanzielle Abhängigkeit. Auch die zögerliche Haltung des Staates bei der Debatte um die Einführung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks scheint auf Angst vor Einflussverlust hinzudeuten.

Einleitung

Artikel 34 der ukrainischen Verfassung garantiert den Medien die Unabhängigkeit. Die gesetzliche Grundlage für diese Unabhängigkeit ist in der Ukraine im Vergleich mit anderen GUS-Ländern gut entwickelt. 1992/93 sowie 1997 wurden zentrale Gesetze zur Regelung der Massenmedien verabschiedet.

Aber Theorie und Praxis klaffen auseinander. Diese Gesetze finden oft nur begrenzte Anwendung. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der ukrainischen Medien von finanzpolitischen Kreisen führt dazu, dass die Gesetze immer wieder umgangen werden. So übernehmen die Medien nur bedingt ihre Aufgaben in einer demokratischen Gesellschaft und dienen dagegen als Sprachrohr der einen oder anderen finanzpolitischen Gruppe.

Presse

Eine wirtschaftlich unabhängige Presse nach westlichem Vorbild gibt es in der Ukraine kaum. Während sich die westliche Presse vor allem aus zwei Quellen finanziert – Vertriebs- und Werbeeinnahmen, decken die entsprechenden Erlöse in der Ukraine oft nicht die Produktionskosten. Nur Publikationen in den Bereichen Unterhaltung, Werbung und Erotik arbeiten auf dem ukrainischen Printmarkt gewinnbringend.

Verantwortlich dafür ist die schwache Kaufkraft der ukrainischen Bevölkerung und damit verbunden auch der unterentwickelte Werbemarkt. So werden Printmedien entweder vom Staat finanziell unterstützt oder im Falle der privaten Presse vom Eigentümer durch Einnahmen aus anderen Geschäften finanziert. Vorrangiges Ziel der Geldgeber ist dabei meistens nicht die Erzielung von Gewinn, sondern die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Dies wirkt nicht gerade rentabilitätsfördernd. In Wahlkampfzeiten werden zum Beispiel viele Zeitungen zu Spottpreisen verkauft oder gar verschenkt. Presse, sowie auch die Medien insgesamt, werden deshalb weniger als „Business“, sondern viel mehr als Instrument der Politik angesehen.

Dementsprechend gibt es trotz der schlechten wirtschaftlichen Perspektiven einen Publikationsboom. Nach Angaben des ukrainischen Rosumkow-Zentrums für politische und wirtschaftliche Forschung stieg die Anzahl der Periodika in den letzten Jahren von 1799 auf 2551 Zeitungen, sowie von 206 auf 1374 Zeitschriften – und das, obwohl die jährliche Gesamtauflage um mehr als ein Drittel zurückging. Ein schrumpfender Markt wird also zwischen einer wachsenden Zahl von Periodika aufgeteilt. Einen Überblick über die wichtigsten Printmedien gibt Tabelle 1 auf Seite 5.

Die öffentliche Diskussion fordert derzeit verstärkt eine „Entstaatlichung der Presse“. Dem Parlamentskomitee für Presse- und Informationsfreiheit wurden seitens des Justizministeriums und des Journalistenverbandes zwei Gesetzentwürfe „Über die Reformierung der staatlichen sowie kommunalen Printmedien“ vorgelegt. Die Arbeit an dem Gesetzentwurf findet im Rahmen der Auflagen und Verpflichtungen der Ukraine aus ihrer Mitgliedschaft im Europarat statt. Am 29. November gab es im Parlamentskomitee eine Anhörung zu den Gesetzentwürfen. Es wurde ein Fünf-Punkte-Programm beschlossen, das noch bis Ende des Jahres dem Parlament vorgelegt werden soll. (Siehe dazu die Dokumentation auf Seite 7)

Agenturen

Derzeit sind in der Ukraine ca. 120 Nachrichtenagenturen registriert, während es im Jahr 2000 gerade einmal 35 Agenturen waren. Die wichtigsten drei sind die staatliche Nachrichtenagentur *Ukrinform*, sowie die Nachrichtenagentur *Interfax-Ukraina* und die Ukrainische Unabhängige Nachrichtenagentur *UNIAN*.

Rundfunk

Die elektronischen Medien in der Ukraine nehmen einen bedeutenden Platz im Bereich der Massenmedien ein und gehören zu den wichtigsten Informationsquellen der ukrainischen Bevölkerung.

Für die Lizenzierung sowie Einhaltung der Gesetze im Rundfunkbereich ist der Nationale Rat für Fragen des Rundfunks zuständig.

Nach der Eigentumsform wurden 2005 in der Ukraine 37 staatliche, 383 kommunale und 848 kommerzielle Rundfunkveranstalter durch den Nationalen Rundfunkrat lizenziert. Insgesamt waren 1268 Rundfunkorganisationen im staatlichen Register der Ukraine eingetragen, davon 647 Fernsehsender, 524 Radiosender sowie 97 Rundfunkveranstalter.

In der Ukraine gibt es derzeit 12 landesweite Fernsehsender, zwei regionale Sender sowie diverse lokale Sender. Die größte technische Reichweite (über 97%) haben *Perschyj Kanal*, *Inter* sowie *Studio 1+1*, da sie die Infrastruktur der ehemaligen staatlichen Sender *UT-1*, *UT-2* und *UT-3* nutzen. Die höchsten Einschaltquoten erzielten 2005 die Sender *Inter* und *Studio 1+1*. Einen Überblick über die wichtigsten Fernsehsender gibt Grafik 2 auf Seite 6.

Zu den acht landesweiten Radiosendern gehören *NRU (Nationalna radiokompania Ukrainy)* mit drei Kanälen, *Nasche Radio*, *Media market*, *Klas*, *Onix*, *Russkoe radio-Ukraina*. Weiterhin existieren 13 regionale Radiosender: *Era Dowira Ljux*, *Jutar*, *Gala*, *Nowa chwylja*, *NART*, *Pilot-Ukraina*, *NBM*, *Lider*, *Radio Kochannja*, *Ewropa Plus Ukraina* und *Radio.O*.

Nach den Angaben des Nationalen Rundfunkrates arbeiten nur etwa 50% der registrierten Rundfunkorganisationen profitabel. Etliche der übrigen Rundfunkstationen senden aufgrund finanzieller Probleme nicht regelmäßig.

Eigentumskonzentration

Das ukrainische Medienrecht sieht klare Beschränkungen für Eigentumskonzentrationen vor. Das „Gesetz über die Presse“ verbietet einem Unternehmer mehr als 5% des Marktes für Printmedien zu kontrollieren. Gemäß dem „Gesetz über den Rundfunk“ darf keine Rundfunkorganisation, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, mehr als zwei Fernsehkanäle und drei Radiokanäle betreiben. Nach dem gleichen Gesetz dürfen nicht mehr als 30% der Anteile von Rundfunkorganisationen in ausländischer Hand sein.

Trotz dieser Gesetze sieht die Realität der Eigentumsverhältnisse etwas anders aus. Die ukrainische Helsinki-Gruppe für Menschenrechte führte dieses Jahr eine Untersuchung über die Eigentumsverhältnisse auf dem ukrainischen Rundfunkmarkt durch und stellte dabei fest, dass die Mehrheit der ukrainischen Medien im Besitz einiger weniger finanzpolitischer Gruppierungen ist, die die Gesetze umgehen, indem die meisten Medienunternehmen über Offshore-Firmen kontrolliert werden.

Die ukrainischen Medienezaren (Eigentum bzw. Kontrolle):

- Viktor Pintschuk: Fernsehsender: ICTV, Nowyj Kanal, STB, M1, 11. Kanal; Zeitung: *Fakty i Kommentarii*; Radiosender: *Dowira*, Nachrichtenagentur: *Ukrainski nowyny*.
- Andrij Derkatsch: Fernsehsender: *Era*, Radiosender: *Era*; Zeitungen: *Kiewsky Telegraf* und Nachrichtenagentur *Wersii*.
- Grigorij Surkis / Viktor Medwedtschuk: Fernsehsender: *TET*, *Enter*, *Alternatiwa*; Radiosender: *Schanson*, *Radio Z*; Zeitungen: *Kiewskie Wedomosti* und *Nascha gazeta*; Wochenzeitungen: *Sakon i bisness*, *2000*, *Bisness* und Zeitschrift *Natalie*.
- Rinat Achmetow: Fernsehsender: *Ukraina*; Radiosender: *Ljux*; Zeitung: *Segodnja* sowie Wochenzeitung *Salon Dona i Bassa*
- Petro Poroschenko: Fernsehsender: *Pjatyj (5.)Kanal*; Radiosender: *Niko Fm* und die Zeitung *Prawda Ukrainy*.
- Boris Lozhkin: Radiosender: *Ewropa Plus Ukraina*, *Wzrosloe radio*, *Awtoradio*, *Musikradio*, *Jam FM* und *Star FM* sowie die ursprünglich russischen Zeitungen *Argumenty i fakty w Ukraine*, *Komsomolskaja prawda v Ukraine*, *Izwestija w Ukraine*, *Sowerschenno sekretno v Ukraine*, *Express-gazeta v Ukraine*.

Quellen: *Walerij Iwanow*, <http://www.aup.com.ua/upload/1134038407Astrid.pdf>; *Helsinki-Gruppe*, http://helsinki.org.ua/index.php?id=1154077400#_ftn1

Die oben genannten Medieneigentümer sind mit Ausnahme von Boris Lozhkyn nicht nur Unternehmer, sondern auch prominente Mitglieder politischer Parteien, von denen viele auch als Parlamentsabgeordnete aktiv sind bzw. waren. Der Nationale Rundfunkrat als zuständige Aufsichtsbehörde wollte in seinem Jahresbericht 2005 keine Anzeichen für eine Monopolisierung auf dem Rundfunkmarkt erkennen. Allerdings merkte er auch an, über keine rechtlichen Mittel zu verfügen, um detaillierte Hintergrundinformationen über Eigentumsverhältnisse zu erhalten. Er verwies auf die Tätigkeit des Kartellamtes als zuständige Behörde.

Die Debatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Trotz des im Jahre 1997 verabschiedeten „Gesetzes über den öffentlichen Rundfunk“ gibt es immer noch keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Ukraine. Die Öffentlichkeit verbindet mit dem Aufkommen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens nach

wie vor große Hoffnungen, was die politische Unabhängigkeit und die Ausgewogenheit der Berichterstattung angeht.

Alle Bemühungen um die Einführung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks stehen jedoch erst am Anfang. Das staatliche Komitee für Fragen des Rundfunks sowie das Parlamentskomitee für Fragen der Meinungs- und Informationsfreiheit begannen derartige Projekte. Eines davon sieht vor, den staatlichen Fernsehsender *Pershyj Kanal*, dessen technische Reichweite über 97% beträgt, der aber sehr niedrige Einschaltquoten hat, in einen öffentlich-rechtlichen Sender umzuwandeln.

Allerdings bekommt man den Eindruck, dass die regierenden Kreise kein echtes Interesse daran haben, den Einfluss auf das Fernsehen zu verlieren. Auch das Problem der Finanzierung ist noch nicht geklärt. Die Mehrheit der Experten tendiert zu einem gemischten Modell aus Staatsgeldern, Werbeeinnahmen und Rundfunkgebühren. Hier stellt sich wieder die Frage der Unabhängigkeit des Senders bei staatlicher Finanzierung. Gleichzeitig ist zweifelhaft, ob die ukrainische Bevölkerung bereit und fähig ist, Rundfunk über Gebühren zu finanzieren.

Internet

Seit seiner Einführung Anfang der 1990er Jahre – die Domain .ua wurde am 01. Dezember 1992 registriert – hat das Internet in der Ukraine erheblich an Bedeutung gewonnen. Heutzutage arbeiten in der Ukraine mehr als 280 Internet-Provider. Laut Angaben des Kiewer Internationalen Soziologischen Instituts (KIIS) nutzen 20% der ukrainischen Bevölkerung das Internet.

Da es immer noch keine rechtlichen Vorgaben und staatlichen Kontrollmechanismen gibt, die die Arbeit der Online-Medien regulieren, führt dies zu einem großen Wachstum in diesem Sektor. Viele Printmedien sind auch online präsent, daneben gibt es reine Online-Publikationen, wie z.B. *Ukrainska Prawda*, *ProUa*, *UaToday*, *Korrespondent.net*.

Presse- und Meinungsfreiheit

Seit 2005 arbeiten Journalisten in einem anderen politischen Umfeld. Die neue ukrainische Regie-

rung hat sich verpflichtet, die Prinzipien der Meinungs- und Pressefreiheit einzuhalten. Viele Menschen in der Ukraine, darunter auch die politische Führung, Journalisten und Wissenschaftler, sind der Meinung, dass eine der Errungenschaften der Orangen Revolution, die alle Regierungskrisen überlebte, die Meinungs- und Pressefreiheit ist.

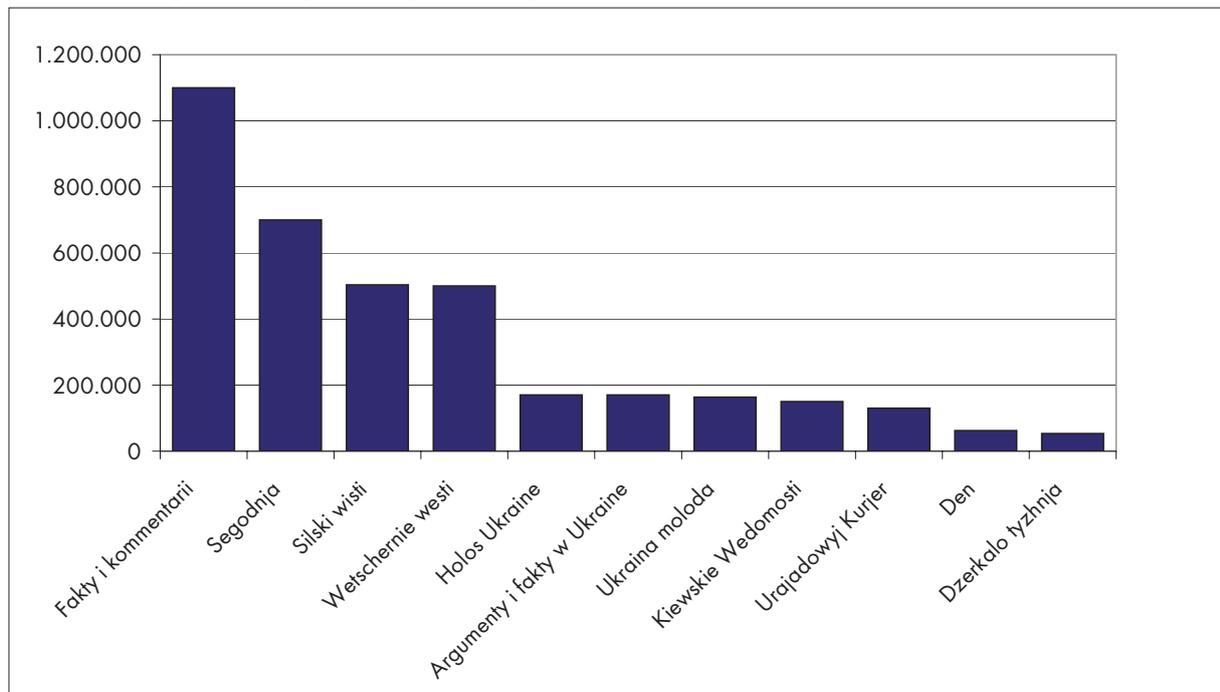
Vieles hat sich hier sicherlich zum Besseren gewendet. So wundert sich zum Beispiel niemand mehr, wenn die Regierung von den Medien kritisiert wird. Es gibt auch keine Tabuthemen mehr. „Temniki“, die geheimen Anweisungen aus der Administration des Präsidenten an Journalisten, sind längst verschwunden. Nach Angaben des ukrainischen Instituts für Massinformation, das seit 1995 Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit in der Ukraine überwacht, wurde der Druck auf Journalisten in den letzten zwei Jahren deutlich geringer. Einen Überblick über Verletzungen der Medienfreiheit gibt Tabelle 2 auf Seite 6.

Auch die internationale Organisation „Reporter ohne Grenzen“ stellte positive Veränderungen hinsichtlich der Pressefreiheit fest. Im Ranking 2006 nahm die Ukraine Platz 105 von 168 Ländern ein und ist somit im Vergleich zu 2004 um 33 Plätze aufgestiegen. (Siehe Tabelle 3 auf Seite 7) Allerdings bemängeln Kritiker die weiterhin niedrige Platzierung der Ukraine und vermuten politische Intrigen dahinter.

Der ukrainische Präsident sagte in seiner Rede anlässlich des internationalen Medienforums „Die Ukraine auf der Informationslandkarte“ im Herbst 2006, dass es wichtig ist einzusehen, dass der Prozess der Herausbildung und Stärkung der freien Medien nicht von einem auf den anderen Tag passieren kann: „Es ist ein komplexer Vorgang zu dem viele Aspekte des öffentlichen, politischen und ökonomischen Lebens des Landes gehören. Dieser Prozess setzt sich in der Ukraine weiterhin fort. Die Presse- und Meinungsfreiheit erfordert sowohl von der Regierung als auch von den Journalisten große Verantwortung, hohe professionelle Standards und Ethik, Offenheit und Ehrlichkeit. Daran müssen wir zusammen noch viel arbeiten!“

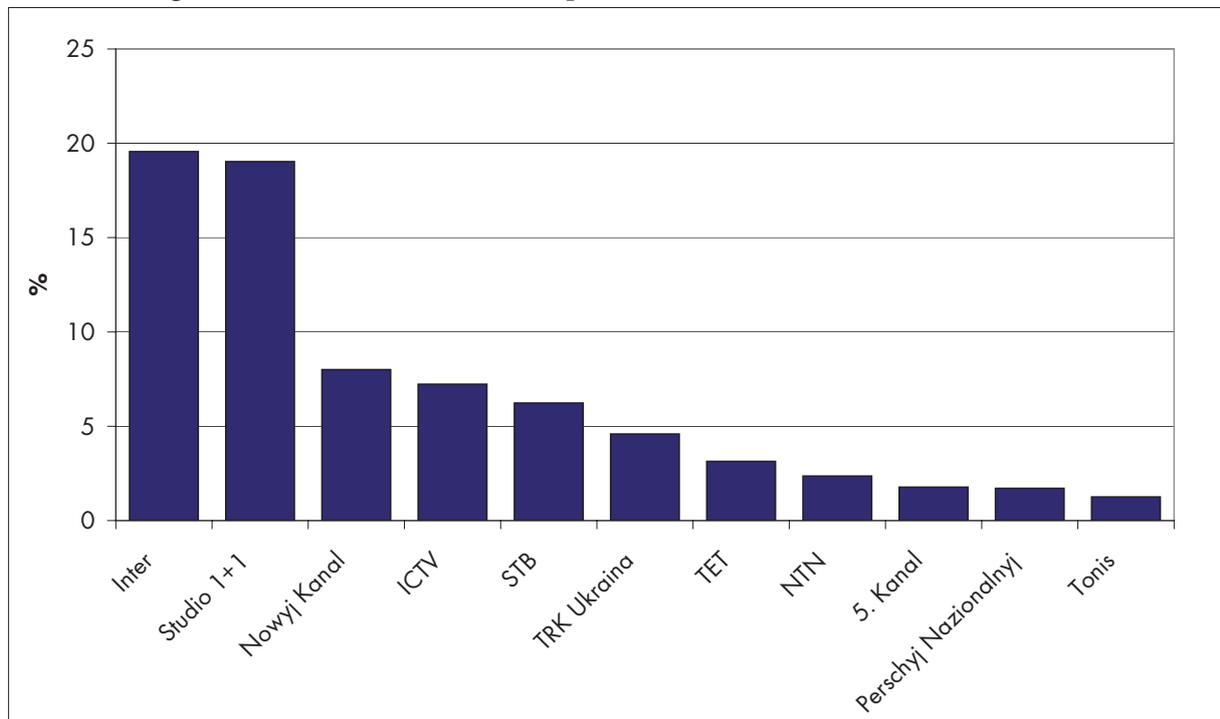
Über die Autorin:

Maria Lukyanova studiert Kommunikationswissenschaft an der LMU München und ist derzeit Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen.

Tabellen und Grafiken zum Text
Medienreichweite und Pressefreiheit
Grafik 1: Die größten Tageszeitungen (Auflagen)

Tabelle 1: Die überregionale Presse

Zeitung	Gründung	Erscheinung	Gesamtauflage, 2006	Abonnierte Auflage, Juni 2006
Fakty i komentarii	1997	Di - Sa	1.100.000	26.145
Segodnja	1997	Mo - Sa	700.000	5.971
Silski wisti	1920	Di, Do, Fr	503.220	497.315
Wetschernie westi	1998	Di - Fr	500.000	3.076
Holos Ukraine	1990	Di - Sa	170.000	94.797
Argumenty i fakty w Ukraine	1995	Do	170.000	k.A.
Ukraina moloda	1991	Di - Sa	163.650	67.983
Kiewskie Wedomosti	1992	Mo - Sa	150.000	45.000
Urajadowyj Kurjer	1990	Di - Sa	130.000	86.971
Den	1996	Mo - Fr	62.500	3.090
Dzerkalo tyzhnja	1994	Sa	53.200	18.187
Molod Ukrajinjy	1994	Di	24.000	4.140

Quelle: nach Angaben der Zeitungen, <http://uamedia.visti.net/>, <http://www.silskivisti.kiev.ua/REKLAMA.HTM>

Grafik 2: Die größten Fernsehsender (Einschaltquoten in %)


Anmerkung: Einschaltquoten für November 2006.

Quelle: Panel der GfK Ukraine, <http://www.media.gfk.com.ua/index.html>

Tabelle 2: Verletzungen der Medienfreiheit in der Ukraine. Die Statistik des ukrainischen Instituts für Masseninformatio

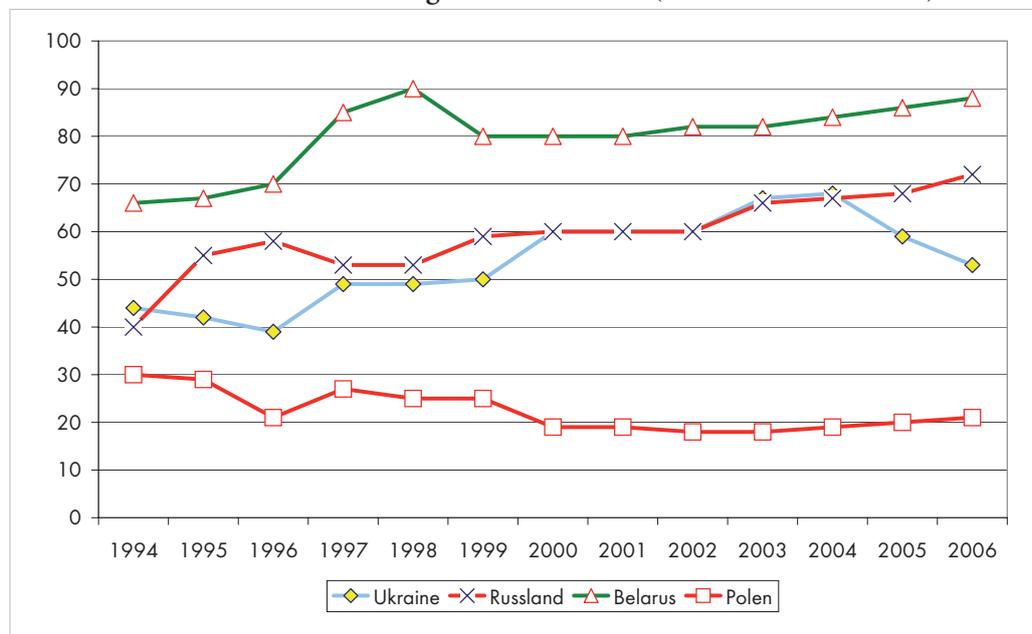
	2002	2003	2004	2005
Unnatürliche Todesfälle	3	4	0	0
Vorübergehender Polizeigewalt	k. A.	k. A.	8	2
Einschüchterung, Übergriffe und Handgreiflichkeiten	23	34	47	16
Fälle von Zensur und Behinderung journalistischer Tätigkeit	46	27	52	14
Wirtschaftlicher, politischer sowie indirekter Druck	30	37	60	12
Strafrechtliche Ermittlungen	37	15	19	13

Quelle: <http://imi.org.ua/?read=190:10>

Tabelle 3: Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2006 (Ausgewählte Länder)

Nr.	Land	Punkte
1	Finnland	0,50
23	Deutschland	5,50
27	Großbritannien	6,50
53	USA	13,00
58	Polen	14,00
105	Ukraine	26,50
147	Russland	52,50
168	Nordkorea	109,00

Quelle: Reporter ohne Grenzen, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=19388 24. Oktober 2006

Grafik 3: Freedom House Bewertung der Pressefreiheit (0 = absolut freie Presse)


Anmerkung: Universelle Kriterien der Medienfreiheit werden auf einer Skala von 0 (optimal) bis 100 (schlecht) bewertet. Für jedes Land wird ein Durchschnittswert bestimmt. Ein Wert von 0 bis 30 steht für freie Medien, ein Wert von 31 bis 60 für teilweise freie Medien und ein Wert über 60 für unfreie Medien.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/uploads/fop/historical/DDSCEFSU.xls>

Dokumentation

Anhörung des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit „Über die Reformierung der staatlichen sowie kommunalen Presse“

Protokoll 1, 29. November 2006

http://www.telekritika.kiev.ua/articles/134/0/8160/sluhannia_comitet/

Die Teilnehmer der parlamentarischen Anhörung „Über die Reformierung der staatlichen sowie kommunalen Presse“ des Komitees für Presse- und Informationsfreiheit vom 29. November 2006 stellen fest, dass das auf die Tagesordnung

gesetzte Problem eines unverzüglichen und wirksamen Eingreifens seitens des Parlaments, des Präsidenten, der Regierung sowie der Gemeindebehörden bedarf.

Die Teilnehmer der Anhörung wiesen darauf hin, dass die Frage der Tätigkeit der staatlichen oder kommunalen Presse bisher unregelmäßig beziehungsweise ungenügend geregelt ist. Es herrscht ein Mangel an Transparenz bei der Ernennung von Chefredakteuren und an ausreichendem Schutz der Journalisten vor Zensur und vor Druck seitens der Herausgeber. Diese nutzen ihre Einflussmöglichkeiten durch die Finanzierung eigener Massenmedien aus. Sie mischen sich in die Redaktionspolitik ein, benutzen sie für eigene PR-Maßnahmen oder bringen einseitige und unausgewogene Information heraus. Die oben genannten Faktoren sowie mangelnde Maßnahmen der Entstaatlichung der Presse, ermöglichen Versuche einiger Printmedien den freiwilligen Prozess der Entstaatlichung zu blockieren. Außerdem fördern sie den Missbrauch und die Verschwendung von Steuergeldern.

Von oben erwähnten Erwägungen ausgehend,

- den kritischen Zustand der staatlichen und kommunalen Presse der Ukraine berücksichtigend,
- sich die Notwendigkeit der Stärkung unabhängiger Massenmedien in der Ukraine sowie der Schaffung hoher journalistischer Standards bewusst machend,
- das Verbot von Zensur und der Ausübung von Druck auf die Presse anerkennend,
- vorbeugend dem unrechtmäßigen Gebrauch von Steuergeldern,
- bestrebt nach ehrlicher Konkurrenz,

empfehlen wir, die Teilnehmer der Anhörung des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit:

1. eine Arbeitsgruppe zu bilden für die Erarbeitung eines abgestimmten „Gesetzesentwurfes über die Reformierung der staatlichen sowie kommunalen Presse“ des Parlamentskomitees für Presse- und Informationsfreiheit, unter Einbeziehung von Regierungsorganen, Experten und Öffentlichkeit;
2. vor der gesetzlichen Regulierung des Prozesses der Entstaatlichung ein Moratorium zu verhängen hinsichtlich der Veräußerung der Arbeitsräume sowie anderen Besitzes, der zum Grundkapital der staatlichen und kommunalen Presse gehört sowie hinsichtlich der Kündigung vertraglicher Bestimmungen zur Vermietung von Redaktionsräumen;
3. Verbot der Registrierung neuer staatlicher sowie kommunaler Printmedien und der Beteiligung staatlicher sowie kommunaler Organe an bereits existierenden Medien;
4. Verpflichtung staatlicher Organe sowie kommunaler Behörden Verträge zur Definition ihrer Aufgaben zu schließen;
5. ein terminlich abgegrenztes Pilotprojekt über die Entstaatlichung der Massenmedien anzulegen.

Komiteeleiter Andrij Schewtschenko

Übersetzung: Maria Lukyanova

Die Mediensituation nach der Orangen Revolution

Committee to Protect Journalists

Länderbericht Ukraine 2005

Erstellt von Alex Lupis und Nina Ognianova

www.cpj.org

Die Hoffnungen waren groß, dass der neue Präsident Viktor Juschtschenko das Land von den ererbten Repressalien des autoritären Kutschma-Regimes befreien würde. Am 26. Dezember 2004 gewann Juschtschenko die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen, die durchgeführt wurden, nachdem Hundert Tausende von Demonstranten die Kiewer Straßen überschwemmten, um gegen die manipulierten Wahlen zu protestieren, denen zufolge der Kutschma-Schützling Viktor Janukowitsch zum Gewinner erklärt wurde. Der Aufstand, der auf Grund der Farbe von Juschtschenkos Wahlkampagne den Namen „Orangen Revolution“ bekam, wurde als Beginn einer neuen Epoche empfunden, einer Epoche erfolgreicher demokratischer Reformen die durch die Medien unterstützt werden sollten.

Nachdem Juschtschenko am 23. Januar 2005 ins Amt eingeführt wurde, verpflichtete er sich grundsätzlich eine freie und unabhängige Presse zu unterstützen und schwor politische Verbrechen aufzuklären, solche wie den Mord an Georgij Gongadze, Redakteur der oppositionellen Online-Zeitung „Ukrainska Prawda“ im Jahre 2000. Die Verdächtigungen einer Verstrickung der Regierungsebene in diesen Mordfall verfolgten Kutschma während seiner zweiten Amtszeit.

Im Jahr 2005 wichen die Hoffnungen aber der Realität: Die Presse und die Öffentlichkeit erkannten, dass die Ermittlungen durch die neue Administration zwar vorangetrieben wurden, aber die Arbeit unvollendet blieb. Die Regierung berief sich zwar auf Verhaftungen im Fall Gongadze, aber viele zweifelten daran, dass die Auftraggeber des Mordes zur Rechenschaft gezogen würden.

Die Reform im Rundfunkbereich wurde zwar breit diskutiert, doch die Veränderungen erwiesen sich als ziemlich bescheiden. Juschtschenko forderte die Reformierung der Nationalen Rundfunkgesellschaft (NTKU), eines vom Staat kontrollierten Fernseh- und Radioveranstalters sowjetischen Typs. Der Nationale Fernsehsender UT-1, der einen Teil der NTKU bildet und eine Reichweite von 98% hat, wurde durch die Verbreitung von Falschmeldungen und durch Desinformation während der Monate vor der Orangen Revolution stark diskreditiert. Ihn in einen öffentlich-rechtlichen, unabhängigen Sender umzuwandeln stellte sich aber als schwierig dar.

Tatjana Lebedewa, Vorsitzende des Nationalen Rundfunkrates, die beauftragt wurde einen Reformplan zu erarbeiten, sagte Journalisten und Verfechtern der freien Presse auf einem Treffen in Washington D.C. im Mai 2005, dass es innerhalb der Organisation eine Opposition gegen die Reorganisation der NTKU gäbe. Insbesondere einige Regierungsmitglieder befürworteten die Einrichtung eines neuen, staatlich kontrollierten Senders.

Da die Reform schleppend vorankam, ernannte Juschtschenko Witalij Dokalenko Ende Oktober 2005 zum neuen Präsidenten der NTKU. Dokalenko erklärte, dass er einer unparteiischen Berichterstattung des Senders UT-1 vor den Parlamentswahlen im März 2006 höchste Priorität beimessen würde.

Das ganze Jahr über hielten politische Debatten zwischen der staatlichen Verwaltung und dem Privatsender NTN hinsichtlich der Ausdehnung seiner Rundfunkübertragung auf 75 weitere ukrainische Städte an. NTN sendet in Kiew und wird vom Donezker Oligarchen Eduard Prutnik, einem Berater von Janukowitsch, finanziert. Der Nationale Rundfunkrat lehnte den Erstantrag vom November 2004 ab und stellte fest, dass der Sender einen Zugang zu öffentlichen Frequenzen nur durch eine öffentliche Ausschreibung bekommen könne.

NTN klagte vor einem Kiewer Gericht und erhielt das Recht auf eine Ausweitung der Sendelizenz zugesprochen. Im Oktober 2005 setzte das Oberste Gericht diesen Entschluss außer Kraft und teilte mit, dass der Sender in einem Wettbewerb um die Frequenzen konkurrieren müsse. Natalja Katerintschuk, die Chefredakteurin von NTN, bezeichnete die Regierungsposition als politisch motivierten Versuch, alte Rechnungen zu begleichen und die politischen Gegner zum Schweigen zu bringen.

Entweder aus politischen Gründen oder um die Erweiterung der Übertragungsrechte zu verhindern, äußerte Juschtschenko deutlich sein Missfallen über die existierende Praxis der Lizenzvergabe im Rundfunkbereich. Im März 2005 erklärte er auf der Konferenz des Europarates, dass die Massenmedien „zwischen drei Familien aufgeteilt sind“. Allem Anschein nach gehören zu diesen Familien die Familie von Kutschmas Schwiegersohn Viktor Pintschuk, der mehr als 280 Rundfunklizenzen besitzt, die Familie des ehemaligen Kutschma- Administrationschefs Viktor Medwedtschuk, der die wesentlichen Hörfrequenzen kontrolliert, und die so genannte Donezker Business-Gruppe, zu der Prutnik und zwei andere Oligarchen des industriellen Ostens gehören und die über 180 Rundfunklizenzen kontrollieren. „Wir erkennen und verstehen das Problem und sind bereit nach möglichen Lösungen zu suchen“, - sagte Juschtschenko, ohne die Vorhaben seiner Administration zu präzisieren.

Die Flitterwochen des Präsidenten und der Massenmedien kamen Ende Juli zu einem Ende, als ein Journalist der Ukrainka Prawda bei einer Pressekonferenz fragte, wie sich der 19-jährige Sohn des Präsidenten einen BMW und ein teures Handy leisten könne. Laut Angaben der lokalen Presse war Juschtschenko aufgebracht und riet dem Reporter höflich zu sein und sich nicht wie ein Auftragskiller zu verhalten.

Rund 200 ukrainische Journalisten und Verfechter der Pressefreiheit forderten in einem offenen Brief, der am 26. Juni in der Online-Zeitung veröffentlicht wurde, von Juschtschenko eine Entschuldigung. Juschtschenko antwortete, ohne sich aber zu entschuldigen: „Ich würdige die Rolle der ukrainischen Journalisten beim Sieg der demokratischen Kräfte während der Orangen Revolution und achte die Standpunkte der ukrainischen Massenmedien im Prozess der Demokratisierung des Landes ... Es ist gut, dass wir in einem Land leben, wo es keine verbotenen Themen gibt und auch keine Person tabu ist. Es ist richtig, dass der Präsident und seine Familie unter dem wachsamen Auge der Presse leben. Aber dies ist kein Grund, meiner Familie das Recht auf Privatleben abzuspochen.“

Nach Juschtschenkos Wahl wurde die lange ohne Fortschritte verbliebene Untersuchung des Falles Gongadze wieder aufgenommen. Der Redakteur der Online-Zeitung Ukrainka Prawda wurde im September 2000 entführt und ermordet. Am 1. März 2005 nahmen die Ermittler zwei Polizisten fest. Drei Tage später wurde der ehemalige Innenminister Jurij Krawtschenko tot aufgefunden, nur drei Stunden bevor er unter Eid aussagen sollte. Sein Tod wurde zum Selbstmord erklärt.

Auf einem Tonband, welches vom Leibwächter des ehemaligen Präsidenten geheim aufgenommen wurde, hört man angeblich, wie Kutschma Krawtschenko befiehlt Gongadze wegzubringen und „den Tschtschenen auszuliefern“ (in der Fassung des im Besitz der Nachrichtenagenturen befindlichen Transkripts). Außerdem gab das Innenministerium im März 2005 zu, Gongadze kurz vor seiner Entführung überwacht zu haben.

Am 1. August erklärte die Staatsanwaltschaft die erste Phase der Ermittlungen für beendet und benannte vier Verdächtige im Mordfall Gongadze: die Polizisten Nikolaj Protasow, Alexander Popowitsch, Walerij Kostenko und General Alexander Pukatsch, der ehemalige Leiter der Abteilung der Kriminalpolizei beim Innenministerium. Die Polizisten kamen Ende des Jahres vor Gericht, während Pukatsch mit Haftbefehl gesucht wurde. Der Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun erklärte, dass die Behörden weiter nach den mutmaßlichen Auftraggebern dieses Mordes ermitteln würden.

Im September 2005 beschuldigte der Parlamentsausschuss, der diesen Fall untersuchte, Kutschma, den verstorbenen Krawtschenko, den Parlamentssprecher Wladimir Litwin und den ehemaligen Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes Leonid Derkatsch eines Mordkomplottes gegen den Journalisten. Der Ausschuss empfahl dem Staatsanwalt ein Verfahren gegen Kutschma, Litwin und Derkatsch einzuleiten. Jedoch wurde der Ausschuss kurz nach seiner am 20. September sensationell getätigten Ankündigung aufgelöst. Da er über keinerlei gerichtliche Macht verfügte, waren die Staatsanwälte nicht verpflichtet, die Empfehlungen in die Tat umzusetzen. Seine Erkenntnisse wurden vom Rest der Regierung geradezu ignoriert: Sowohl Juschtschenko, als auch der Innenminister sowie andere Rechtsschutzorgane verzichteten auf einen Kommentar.

Die Witwe Mirosława Gongadze, der die Vereinigten Staaten nach dem Mord an ihrem Mann politisches Asyl gewährten, sagte, dass die ukrainische Regierung immer noch keinen politischen Willen besäße diesen Mord aufzuklären. Während einer Reise in die Ukraine im April 2005 forderte sie Generalstaatsanwalt Piskun auf, die Echtheit des Tonbandes des Leibwächters zu klären, damit es den gerichtlichen Beweisen hinzugefügt werden könne. Aber sie bekam keine entsprechende Antwort, wie das Programm Frontline eines öffentlichen amerikanischen Senders berichtete.

Trotz der durchgeführten Verhaftungen und der Berichte über erzielte Erfolge führten die tief liegenden Mängel dieser Ermittlungen zu zusätzlichen politischen Erschütterungen am Ende des Jahres. Im November 2005 verpflichtete der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die ukrainische Regierung zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von 100.000 Euro auf Grund der Klage von Mirosława Gongadze aus dem Jahr 2002. Das Gericht urteilte, dass die ukrainische Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllte, die darin bestanden, das Leben des 31jährigen Redakteurs zu schützen und sorgfältige Ermittlungen bezüglich seines Todes zu gewährleisten. Außerdem stellte das Gericht fest, dass Mirosława Gongadze schmähdlich behandelt wurde, indem man ihr die Akteneinsicht verwehrte und widersprüchliche Aussagen hinsichtlich des Falls machte.

„Als ich die Klage einreichte, wollte ich die ukrainische Regierung dazu veranlassen, den Todesfall vollständig aufzuklären und die Auftraggeber und Vollstrecker dieses Verbrechens zu bestrafen, welche durch ihr vorsätzliches Handeln bzw. verbrecherische Unterlassungen die sorgfältigen Ermittlungen behinderten“, - zitierte die Nachrichtenagentur ITAR-TASS Gongadzes Worte.

Als der Europäische Gerichtshof sein Urteil verkündete, wirkte der Generalstaatsanwalt Piskun nicht mehr an den Ermittlungen mit: Er wurde am 14 Oktober 2005 von Juschtschenko entlassen. Vertreter der Administration des Präsidenten gaben an, dass Piskun die Untersuchung in die Länge ziehen ließ. Einen Monat später wurde der stellvertretende Generalstaatsanwalt Alexander Medwedko sein Nachfolger.

Ähnliche personelle Veränderungen auf höchster Ebene waren zu dieser Zeit sehr häufig. Im September entließ Juschtschenko die gesamte Regierung samt seiner ehemaligen Verbündeten aus der Orangen Revolution Julia Timoschenko, die mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert wurde. Nach ihrer Entlassung verkündete Julia Timoschenko, dass sie ihre eigene unabhängige Partei „Block Julia Timoschenko“ in die Parlamentswahlen im März 2006 führen werde und distanzierte sich damit von Juschtschenko. Der Präsident seinerseits versicherte Journalisten, dass die Massenmedien während der Wahlkämpfe ohne Angst vor Konsequenzen berichten können, - so der Sender UT-1.

Übersetzung: Maria Lukyanova

Dokumentation

Der Konflikt um die Entlassung des Außenministers

In der ukrainischen Regierung eskalierte im November der Konflikt zwischen einem in der Außenpolitik eher pro-russischen Lager, das von Ministerpräsident Viktor Janukowitsch verkörpert wird, und einem pro-westlichen Lager, das von Außenminister Boris Tarasjuk und Verteidigungsminister Anatoli Hryzenko vertreten wird. Da Außen- und Verteidigungsminister vom Präsidenten und nicht vom Ministerpräsidenten ernannt werden, können sie eine unabhängige Linie verfolgen. Sie kritisierten so etwa im September öffentlich die Stellungnahme des Ministerpräsidenten während seines Besuches im NATO-Hauptquartier in Brüssel. (Siehe dazu die Ukraine-Analyse Nr. 12)

Mit der Mehrheit der Regierungskoalition fordert das Parlament die beiden Minister am 3.11. auf, zum 15.11. einen Tätigkeitsbericht zu präsentieren. Am 11.11. fordert Ministerpräsident Viktor Janukowitsch in einem Fernsehinterview Präsident Viktor Juschtschenko auf, Außenminister Boris Tarasjuk zu entlassen. Er führt aus: „Wie soll ich auf einen Minister reagieren, der erklärt, er stände in Opposition zur Regierung?“ Bei der Präsentation der Berichte am 15.11. kann sich das Parlament nicht auf eine Stellungnahme einigen.

Am 29.11. eskaliert der Konflikt zwischen Janukowitsch und Tarasjuk erneut, als der Ministerpräsident in einer im Fernsehen übertragenen Regierungssitzung ein offizielles Schreiben des Außenministeriums vorliest, das ihn informiert, dass seine USA-Reise auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse, da er nicht um die Zustimmung des Präsidenten für eine Regierungsverordnung zu den Zielen der Reise nachgesucht habe. In der Sitzung unterzeichnet Janukowitsch die Regierungsverordnung, die anschließend vom Präsidenten genehmigt wird. Janukowitsch erklärt, dass er seine Vorbehalte gegen den Außenminister schriftlich an das Parlament geben werde. Am 1.12. stimmt das Parlament mit 241 Stimmen für die Entlassung von Außenminister Boris Tarasjuk. Gleichzeitig stimmt das Parlament auch für die Entlassung von Innenminister Juri Luzenko. Am 3.12. trifft Ministerpräsident Janukowitsch zu seinem Besuch in Washington ein. Am 5.12. erklärt Präsident Juschtschenko, dass er die Entlassung der beiden Minister nicht akzeptiere.

Interview mit Außenminister Boris Tarasjuk, Vremja Novostei (15.11.2006)

<http://www.vremya.ru/2006/210/5/165610.html>

[Auszüge]

Korrespondent: Sowohl der Präsident als auch der Ministerpräsident betonen heute ihre Befugnisse innerhalb der Ukraine, darunter auch das Recht Außenpolitik zu betreiben – wer wird als Gewinner aus dieser Debatte hervorgehen?

Tarasjuk: Es gibt keine Außenpolitik der Regierung sondern eine staatliche Außenpolitik. Die Verfassung der Ukraine, Art. 106, besagt, dass der Präsident die vorrangige Kompetenz bei außenpolitischen Aktivitäten hat. Er repräsentiert den Staat bei internationalen Treffen, führt Verhandlungen, ernennt Botschafter und trifft Entscheidungen bezüglich der Anerkennung fremder Staaten. Keine der sonst existierenden Machtinstitutionen der Ukraine hat solche Befugnisse und Vollmachten. Der Präsident gibt den außenpolitischen Kurs vor und das Außenministerium setzt ihn um. Wenn jemand an diesen exklusiven Rechten des Präsidenten zur Formulierung von Außenpolitik zweifelt, muss er das Verfassungsgericht anrufen. Alle Interpretationen abseits des Urteils des Verfassungsgerichts stellen nur persönliche Meinungen von Politikern dar.

Korrespondent: Am 15. November sind Sie als Außenminister, wie auch Verteidigungsminister Anatolij Hrytsenko beim Parlament zur Berichterstattung vorgeladen. Ministerpräsident Janukowitsch hat klargestellt, dass er unzufrieden mit ihrer Arbeit ist und strebt ihre Entlassung an. Kann der Präsident die Kontrolle über diese Situation zurückgewinnen?

Tarasjuk: Laut Verfassung hat nur der Präsident das Recht, personelle Vorschläge betreffend das Außen- und Verteidigungsministerium an das Parlament zu übermitteln. Der Präsident hat sein verfassungsmäßiges Recht ausgeübt und das Parlament hat diese Entscheidung gemäß seinen Regeln akzeptiert. Die Entlassung von zwei Ministern, die unter Beteiligung des Präsidenten berufen worden sind, ist nicht in der Gesetzgebung festgelegt.

Gleichzeitig gibt es eine rechtliche Vorschrift, dass, wenn eine Prozedur für eine gegenseitige Aktion nicht vorgeschrieben ist, die rechtliche Logik, die zu den gegebenen Umständen führte, Anwendung findet. In der Konsequenz

kann es keine Entlassungen ohne die Anhörung des Präsidenten im Parlament geben, da sind die parlamentarischen Regeln eindeutig. Zu den Vorwürfen des Ministerpräsidenten gegen mich: Offensichtlich war die Hauptmotivation des Präsidenten, mich zu ernennen, nicht meine politische Tätigkeit sondern meine Professionalität. Ich bin seit 30 Jahren im diplomatischen Dienst.

Protokoll der Plenarsitzung des Parlaments vom 1.12.2006

http://portal.rada.gov.ua/control/uk/publish/article/news_left?art_id=81181&cat_id=33449

[Auszug]

Anschließend wurden die Entwürfe einer Resolution über die Entlassung von Herrn Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers bzw. einer Billigung seiner Tätigkeiten als Außenminister behandelt.

Im Verlauf der Debatte äußerten die Abgeordneten ihre Position hinsichtlich dieser Entwürfe. Abgeordnete der Fraktionen *Nascha Ukraina* [„Unsere Ukraine“] und „Block Julija Timoschenko“ [BJuT] wiesen auf die Unrechtmäßigkeit der Verhandlung dieser Frage hin, da der Antrag auf Entlassung des Außenministers nicht vom Präsidenten der Ukraine kam, der laut Verfassung einzig über dieses Recht verfüge.

Abgeordnete der „Antikrisen-Koalition“ [Regierungskoalition] stellten dagegen fest, dass die Werchowna Rada [das Parlament] über das Recht verfügt, den Antrag des Ministerpräsidenten zu verhandeln und einen Entschluss zu fassen, da sie für die Tätigkeit der Regierung und der Minister Verantwortung trägt.

Aus Protest versuchten Abgeordnete der Fraktion „Nascha Ukraina“ das Rednerpult zu blockieren, aber ihre Kollegen der Fraktion „Partei der Regionen“ verhinderten dies.

Der Sitzungsleiter erteilte den Fraktionen das Wort für Stellungnahmen, diese lehnten allerdings ab und forderten eine Sitzungspause. A. Martynjuk kündigte diese an.

Nach Ende der Pause erklärten die Abgeordneten Wjatscheslaw Kowal und Olexander Turtschinow der Fraktionen „Nascha Ukraina“ und „BJUT“, die zuvor auf einer Pause bestanden hatten, ihre Anliegen.

Sie bezeichneten die Verhandlung der Frage der Entlassung von B.I. Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers als Versuch politischer Rache.

Der Abgeordnete W. Kowal betonte: „Die heutige Entscheidung widerspricht der Verfassung der Ukraine, da die Entlassung des Außenministers nur auf Antrag des Präsidenten geschehen kann. Außerdem widerspricht eine solche Entscheidung der Parlamentsordnung, da das Parlamentskomitee für Außenpolitik und das Parlamentskomitee für Nationale Sicherheit und Verteidigung keine Resolutionsentwürfe zu den Berichten der Minister [auf der Parlamentsanhörung am 15.11.] vorbereitet haben, wie dies von der Werchowna Rada der Ukraine angeordnet wurde.“

„Wir stellen fest, dass das Handeln von Außenminister Boris Tarasjuk dem geltenden Recht entspricht und entsprach und er professionell den außenpolitischen Kurs vertrat, welcher vom Staatsoberhaupt gemäß der Verfassung der Ukraine bestimmt wurde.“

Vor der Abstimmung in dieser Frage informierte der Vertreter des Präsidenten der Ukraine, Roman Swarytsch, die Abgeordneten über einen Brief des Ministerpräsidenten Janukowitsch an den Präsidenten. Hierin bat der Regierungschef diesen, einen Antrag auf Entlassung von Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers einzureichen. Der Präsident lehnte dieses Gesuch ab. In seiner Antwort betonte der Präsident folgendes: „Boris Tarasjuk kommt seinen Aufgaben als Außenminister ordentlich nach und gewährleistet die erfolgreiche Verwirklichung des politischen Kurses unseres Staates, wie ihn der Präsidenten gemäß der Verfassung der Ukraine bestimmt.“

Roman Swarytsch erinnerte die Anwesenden, dass laut der ukrainischen Verfassung ausschließlich der Präsident der Ukraine das Recht hat, einen Antrag auf Ernennung oder Entlassung des Außenministers einzureichen. „Der Antrag des Ministerpräsidenten geht über die Grenzen seiner Kompetenzen hinaus“, – betonte Herr Swarytsch.

In ihren Stellungnahme bemerkten die Vertreter der Fraktion „Unsere Ukraine“ und „Block Julia Timoschenko“, dass die Behandlung dieser Frage gegen die Parlamentsordnung verstößt, da diese zuvor noch nicht vom zuständigen Parlamentskomitee behandelt wurde.

Der Vertreter der Fraktion „Nascha Ukraina“ Wjatscheslaw Kirilenko betonte, dass diese Frage „mit maximaler Voreingenommenheit behandelt wird.“ Er erinnerte an die außenpolitischen Erfolge, die während der Amtszeit von Boris Tarasjuk erreicht wurden. „Die Beschäftigung mit dieser Frage ist aussichtslos und verfolgt das Ziel der Destabilisierung der politischen Situation“, – betonte Herr Kirilenko.

Der Vertreter der Fraktion der SPU [Sozialisten] Iwan Bondartschuk erklärte, dass hierbei eine ungesunde Aufregung entstehe. Aber der Logik nach könne man sich nicht gleichzeitig in der Regierung und in Opposition zur

Regierung befinden. Man müsse sich entscheiden. „Das Amt des Außenministers sollte eine neutrale Person bekleiden, die sich ausschließlich von Interessen des Staates leiten lässt und nicht von denen der Partei oder der Fraktion. Wir wollen, dass der Minister weder pro-amerikanisch noch pro-russisch ist, noch die Interessen der NATO vertritt“, – bemerkte der Abgeordnete.

Laut Herrn Bondartschuk sollte der Außenminister über die Eigenschaft verfügen Kompromisse zu finden, statt wie Tarasjuk „Konflikte zu schüren“. „Er bringt den Präsidenten häufig in eine unbequeme Lage und die Abgeordneten müssen dem Staatsoberhaupt helfen, sich von einem solchen Gefährten zu befreien.“

Herr Bondartschuk betonte auch, dass der Minister Mitglied der Regierung ist und sich wie ein Soldat im Gleichschritt mit den anderen bewegen sollte. „Boris Iwanowitsch versucht wie ein schlechter Feldweibel alleine zu gehen und ist dabei der Meinung, dass einzig er im Gleichschritt geht, sein ganzer Trupp dagegen nicht.“

Der Vertreter der Fraktion der Partei der Regionen Leonid Kozhara betonte, dass sich die Fraktion gezwungen sieht, auch anhand des beispiellosen Vorfalls („in schmachvoller Weise beschwerte sich das ukrainische Außenministerium über den Ministerpräsidenten vor dessen Staatsbesuch in den USA“), der dem Prestige der Ukraine schadete, die Tätigkeit von Tarasjuk als Außenminister politisch zu beurteilen.

Er merkte an, dass der Außenminister nicht nur ein Mensch ist, der die Verordnungen des Präsidenten erfüllt. „Laut derzeitiger Verfassung haben wir eine Partei-Regierung, die Zeiten der parteilosen Regierungen sind vorbei“, – betonte der Abgeordnete. .

Der Fraktionschef der KPU Petro Simonenko stellte fest, dass die Situation die im Land herrscht nicht ungefährlich ist, da „eine Diktatur des Präsidenten und seiner Umgebung errichtet wird“.

Herr Simonenko beschuldigte Herrn Tarasjuk „sich an das Amt zu klammern“. „Er spielt absichtlich die Rolle einer Marionette und provoziert die Zuspitzung der politischen Situation.“

Die Tätigkeit von Tarasjuk als Außenminister bezeichnete Petro Simonenko als „ein glattes Fiasko in der Außenpolitik“ und forderte einen unverzüglichen Entschluss über die Entlassung von Herrn Tarasjuk aus dem bekleideten Amt.

Nach der Debatte der Fraktionsvertreter wurde der Entwurf einer Resolution über die Entlassung von Herrn Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers zur Abstimmung gestellt. Die Verordnung wurde mit 241 Stimmen angenommen.

Mitteilung des Pressebüros von Präsident Viktor Juschtschenko, 5.12.2006

http://www.president.gov.ua/en/news/data/1_12285.html

Viktor Juschtschenko hat einen Erlass herausgegeben, welcher die Regierung verpflichtet, ihn bezüglich aller getroffenen Personalentscheidungen für das Verteidigungsministerium, das Innenministerium, das Außenministerium, die staatliche Datenschutzbehörde, die staatliche Exportagentur, den staatlichen Grenzschutzdienst, das Zentralbüro des Sicherheitsdienstes der Ukraine und den Geheimdienst zu konsultieren.

Artikel 102 der Verfassung der Ukraine besagt, dass die Hauptaufgabe des Innenministers der Schutz von Rechten und Freiheiten der ukrainischen Bürger ist. Gemäß diesem Artikel ist der Präsident befugt die Leitung des Ministeriums zu benennen.

Gemäß ukrainischem Recht werden die Streitkräfte des Innenministeriums als militärische Einheit betrachtet. Da der Präsident den Führer dieser Streitkräfte benennt, sollte auch die Ernennung des ersten Stellvertreters und anderer Stellvertreter mit ihm abgestimmt werden.

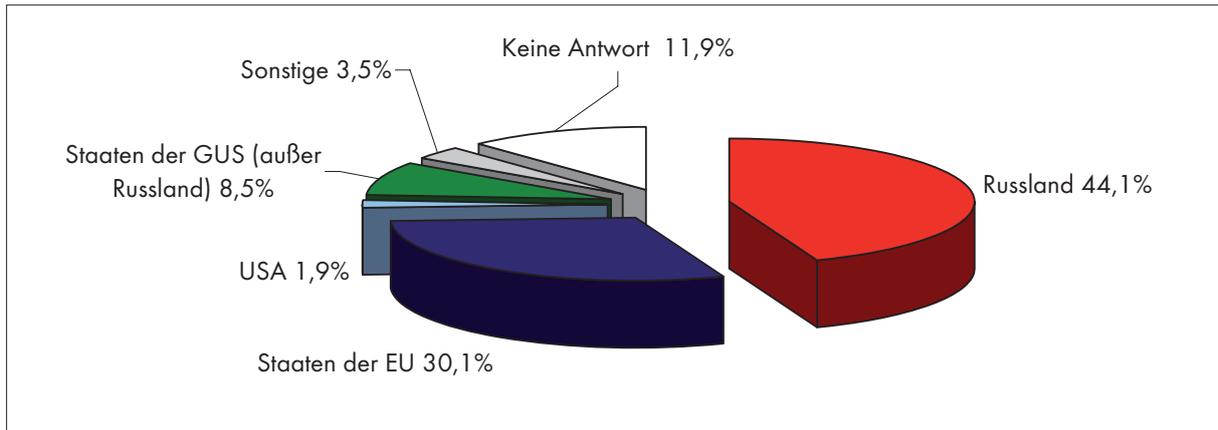
Artikel 106 der ukrainischen Verfassung besagt, dass der Präsident die Verantwortung für die Außenpolitik des Landes trägt und deshalb hat er der Ernennung des ersten Stellvertreters und anderer Führungskräfte des Außenministeriums zuzustimmen.

Übersetzung: Maria Lukyanova, Tobias Schulz

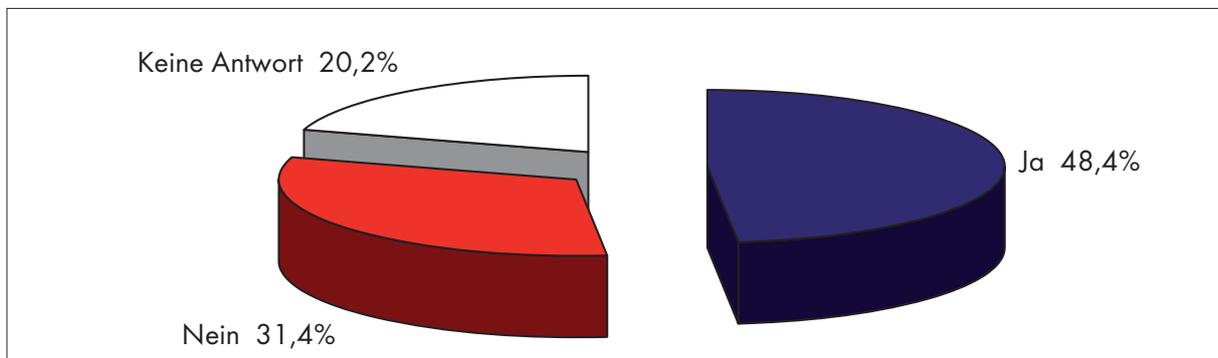
Umfrage
Die außenpolitische Orientierung der ukrainischen Bevölkerung

Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 19.–26. Oktober 2006

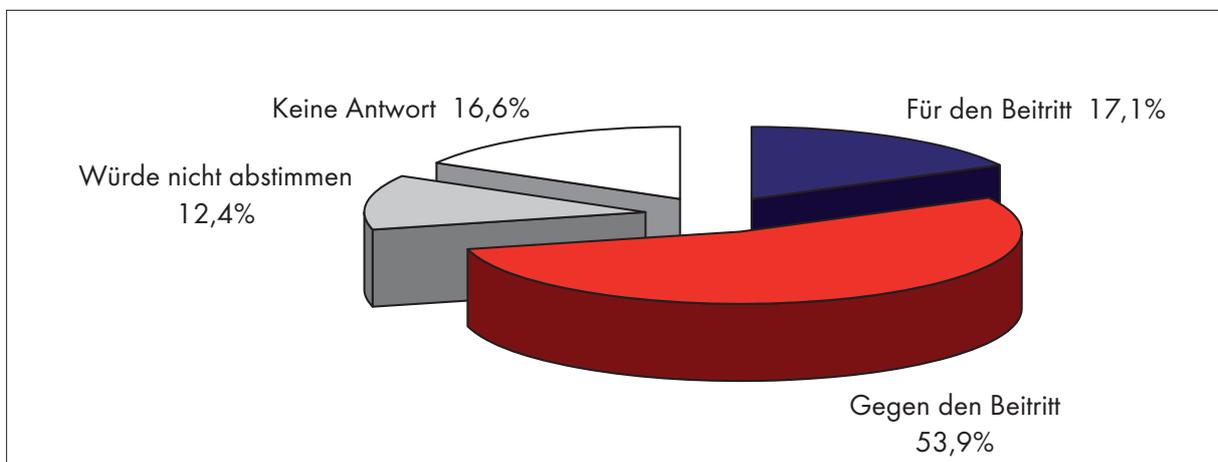
Welche Orientierung der Außenpolitik sollte für die Ukraine Priorität besitzen?



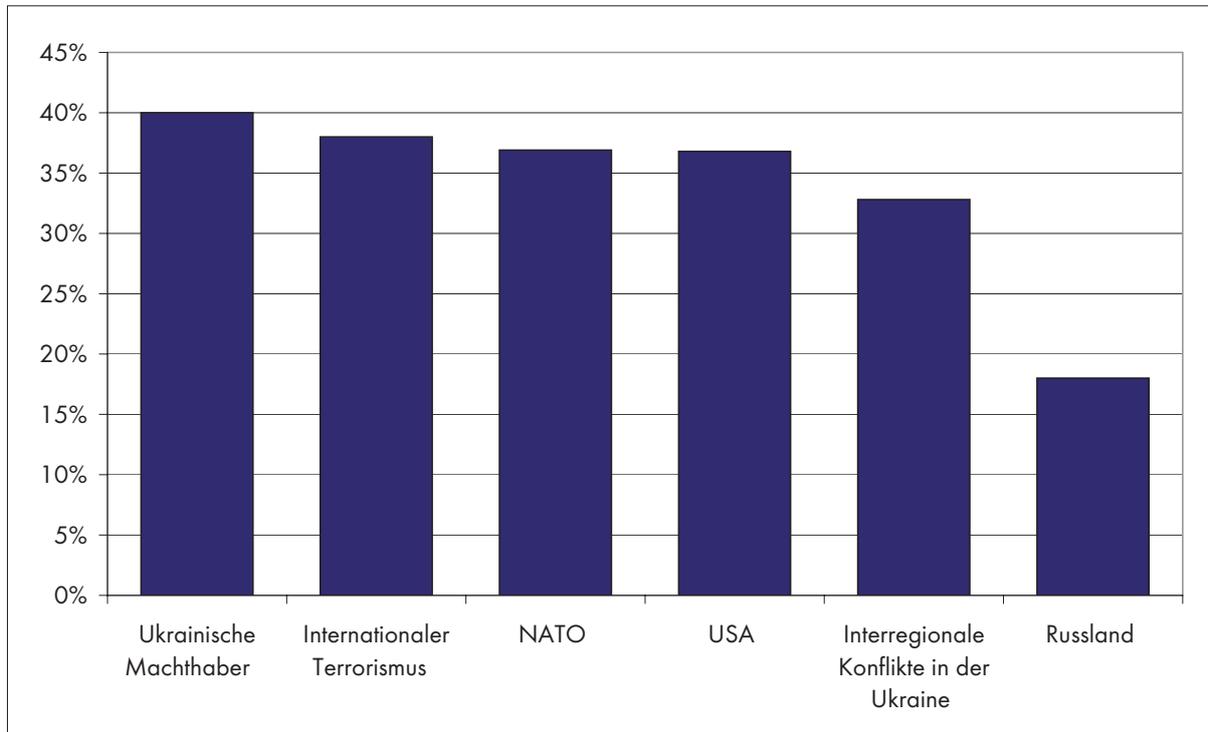
Was meinen Sie, soll die Ukraine Mitglied der EU werden?



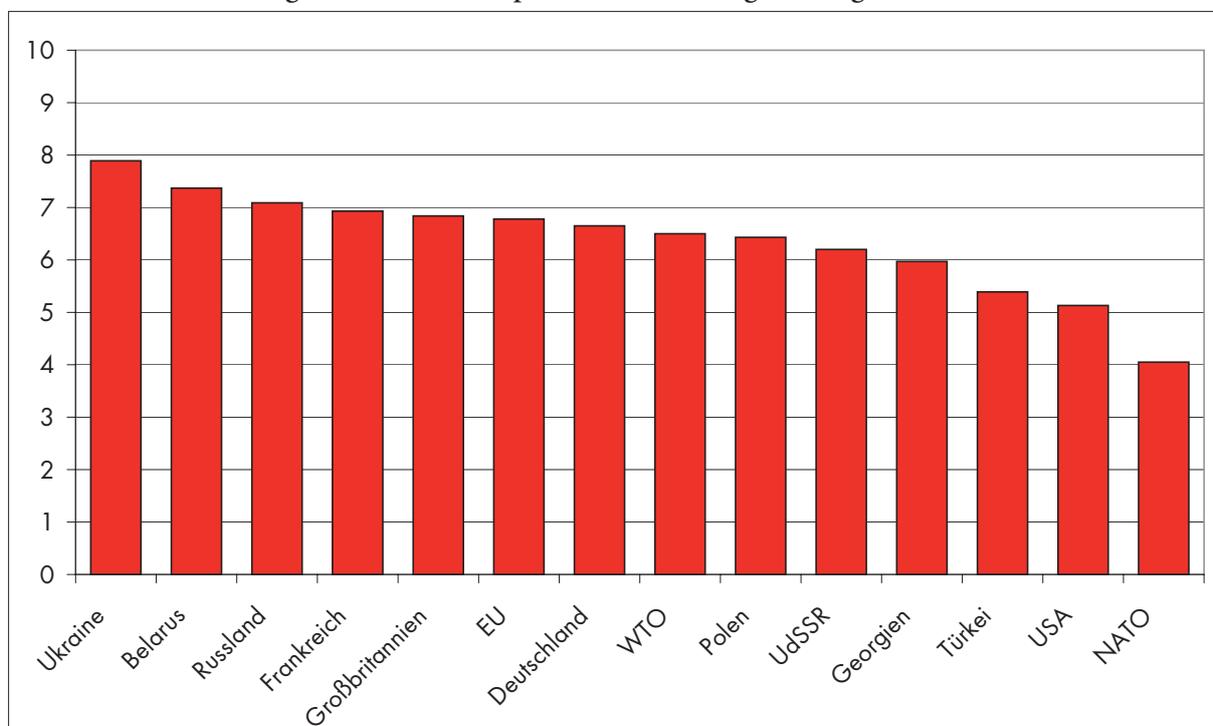
Wenn es nächste Woche ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO gäbe, wie würden Sie abstimmen?



Geht Ihrer Meinung nach für die Ukraine eine Bedrohung aus von ... (Anteil der Zustimmung)



Bewerten Sie Ihre Haltung zu folgenden Staaten und internationalen Organisationen auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 die negativste und 10 die positivste Bewertung ist. (Angabe des Durchschnittswertes)



Kommentar

Ist Nascha Ukraina noch zu retten? Der schleichende Niedergang der Partei des Präsidenten

Von Ralf Wachsmuth, Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zusammenfassung

Die Volksunion Nascha Ukraina („Unsere Ukraine“ - VUNU), die erst im März 2005 nach der erfolgreichen Orangen Revolution als ‚Partei des Präsidenten‘ ins Leben gerufen worden war mit dem Anspruch, das Wahlprogramm des Präsidenten zum Wohle des gesamten ukrainischen Volkes in praktische Politik umzusetzen und die Ideale des Majdan zur Grundlage politischen Handels zu machen, befindet sich seit den für die Partei enttäuschend verlaufenen Parlamentswahlen vom März dieses Jahres und der gescheiterten Wiederbelebung des orangen Bündnisses im August in einer tiefen Krise. Nach bisher vergeblichen Bemühungen, einen neuen Vorsitzenden und ein neues Präsidium zu bestimmen, taumelt die mit großen Hoffnungen und Erwartungen gestartete Partei scheinbar unaufhaltsam im freien Fall dem Abgrund zu. Nach der Wahl von Viktor Baloha zum Parteivorsitzenden am 7. Dezember kann die Partei aber wieder neue Hoffnung schöpfen.

Hohe Erwartungen an den ersten Parteitag nach den Parlamentswahlen

Es hat in der Geschichte der Ukraine wohl noch keinen seltsameren Parteitag gegeben als den von Nascha Ukraina am 21. Oktober. Nach 50 Minuten wurden knapp tausend Delegierte, die mit großen Hoffnungen und Erwartungen und mit noch mehr Fragen über die Zukunft der Partei nach Kiew gekommen waren, vom Parteiführer Roman Bessmertny wieder unverrichteter Dinge nach Hause geschickt. Das unerwartet schlechte Wahlergebnis im März, die nicht abreißen wollenden innerparteilichen Flügelskämpfe und unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Entscheidung, entweder in die Opposition zu gehen oder doch eine breite Koalition mit der Partei der Regionen, den Sozialisten und Kommunisten zu bilden, haben die Parteimitglieder an der Basis verunsichert und auch den Ehrenvorsitzenden der Partei, Präsident Juschtschenko, sichtlich verärgert.

Juschtschenko bekennt sich erneut zu Nascha Ukraina

Präsident Juschtschenko hatte sich seit dem Spätherbst 2005, als über die Wahllisten zur Parlamentswahl diskutiert wurde und er seine Ohnmacht gegenüber dem übermächtigen Einfluss der ‚lieben Freunde‘ in der Partei zur Kenntnis nehmen musste, zunehmend von der Partei distanziert. Das ging so weit, dass er nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Bildung einer breiten Koalition mit der Partei der Regionen über seinen Pressedienst die Ankündigung verbreiten ließ, er wolle seinen Ehrenvorsitz in der Partei niederlegen. Juschtschenko aber blieb seiner ihm eigenen Linie treu, innerhalb kürzester Zeit eine radikale Kehrtwendung

zu vollziehen und erschien auf dem Parteitag. Er hielt eine bemerkenswerte und nicht an schonungsloser Kritik an der Führung von Nascha Ukraina sparende Rede. Er sprach ausdrücklich von ‚unserer Partei Nascha Ukraina‘. Juschtschenko scheute sich nicht, direkt und zwischen den Zeilen einige Missstände innerhalb der Partei beim Namen zu nennen. Seine Kritik an der Parteiprogrammatik und -führung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Die Partei als politischer Organismus erlebt heute eine ernste innere Krise. Was ist geschehen? Nach den Präsidentschaftswahlen ist es der Partei nicht gelungen, eine klare und deutliche Idee für ihre Tätigkeit zu erarbeiten, deren Umsetzung der Partei und ihren Verbündeten Erfolg bringen könnte... Die einzige Idee, die die Parteiführung als Beschwörung immer wieder wiederholte, war der Satz ‚Wir sind die Partei des Präsidenten!‘ Ich weiß das. Ich weiß das auch hoch zu schätzen, meine Lieben. Aber ich will sagen: das ist zu wenig.“

Auch seine offene Kritik am Parteaufbau muss den Verantwortlichen in der Parteiführung noch lange in den Ohren geklungen haben: „Die parteiliche Praxis der Rekrutierung der Personen, die politische oder administrative Ämter innehatten, wie z.B. Minister oder Abgeordnete oder andere hohe Beamte, führte dazu, dass Nascha Ukraina faktisch zu einem Instrument der Machtstrukturen geworden ist... In zahlreichen Gebieten existiert die Partei nur auf dem Papier... Ich will nicht, dass sich die Partei in eine Art geschlossene Aktiengesellschaft verwandelt, in der die Hauptaktionäre monopolhaft darüber beschließen können, was für die Partei erforderlich ist, und in der Realität ihre eigenen oder ihnen nahe liegenden Interessen wahrnehmen. Dafür sollen die Partei und in erster

Linie ihre Führungsorgane Verantwortung tragen.“

Juschtschenko ergreift die Flucht nach vorn

Über die konkreten Motive, die den Präsidenten zu diesem unerwarteten öffentlichen Auftritt veranlasst haben könnten, lässt sich nur spekulieren. Offenbar war endlich bei ihm die Erkenntnis angekommen, dass seine Chancen, ohne Unterstützung einer starken politischen Kraft gestaltend auf das politische Tagesgeschäft im Parlament Einfluss nehmen, geschweige denn sich Hoffnungen auf eine Wiederwahl machen zu können, auf ein Minimum gesunken waren. Eingekeilt zwischen dem sozialistischen Parlamentspräsidenten Moros und seinem Kontrahenten aus Zeiten des Präsidentschaftswahlkampfes, Janukowitsch, der kompromisslos und erfolgreich seine Machtbasis zu Ungunsten des Präsidenten ausbaut, wird sein Handlungsspielraum immer enger. Nach dem längst überfälligen radikalen personellen und organisatorischen Umbau in der Präsidentialverwaltung in den vergangenen Wochen durch den Chef der Präsidentialverwaltung Baloha war der Schritt zu einer personellen und inhaltlichen Neuausrichtung der Partei durch ein Machtwort des Präsidenten eine durchaus logische Folge. Die Tatsache, dass neben ihm auf dem Parteitag der neue Chef der Präsidentialverwaltung und dessen Vertreter Jazenjuk Platz nahmen und Bessmertny das Geschehen abseits vom Präsidenten stehend verfolgte, war schon damals ein Indikator, dass der Kurs der Partei stärker vom Präsidentialamt bestimmt werden sollte. Die Spannungen zwischen der Partei und dem Präsidentialamt hatten ein nicht mehr tolerierbares Maß an Disziplinlosigkeit angenommen.

Oligarchen regieren die Parteien

Die Krise bei Nascha Ukraina, so die wenig tröstliche Erkenntnis, ist kein Einzelfall. Die meisten ukrainischen Parteien – zumindest die im Parlament vertretenen – sind noch weit von europäischen Standards entfernt. Programme spielen nur eine untergeordnete Rolle. Fast alle politischen Parteien sind durch eine gering entwickelte Kommunikationsfähigkeit, eine an Personenkult grenzende Personalisierung, einen extremen Hang zum Zentralismus, mangelnde innerparteiliche Demokratie und Desinteresse an der Förderung des politischen Nachwuchses gekennzeichnet. Da die staatliche Parteienfinanzierung unzureichend ist und es keine Offenlegungspflicht von Geldzuwendungen Dritter gibt, unterliegen sie dem unkontrollierten Zugriff finanzstarker Sponsoren, die sie fest im Griff haben und ihren Kurs bestimmen.

Zurzeit hängt Nascha Ukraina am Tropf von Petro Poroschenko und anderen skandalbehafteten

„lieben Freunden“ aus der Businesswelt, die die Partei als Mittel zur Vermehrung des persönlichen Einflusses zur Befriedigung persönlicher Interessen betrachten. Vor dem Einfluss der Finanzkreise musste bisher sogar ein Juschtschenko kapitulieren. Geschäftsinteressen gewannen die Oberhand über politische Grundsätze. Aus einer demokratischen Massenpartei wurde eine an persönlichen Interessen orientierte administrative Businesspartei. Spät – aber nicht zu spät – hat Juschtschenko auf die Fehlentwicklungen in der Partei reagiert, den Kampf gegen die alten Seilschaften aufgenommen und entgegen aller Prognosen offensichtlich auch gewonnen.

Die Rolle des Präsidenten in der Volksunion Nascha Ukraina

Viktor Juschtschenko als Galionsfigur der Orangen Revolution und Garant für die Bewahrung der Ideale des Majdan kam bei der Gründung der Volksunion Nascha Ukraina eine Schlüsselrolle zu, die er nur widerwillig und in unzureichendem Maße ausfüllte. Bereits vor der Orangen Revolution hat er mit dem Gedanken gespielt, aus der Wahlallianz Nascha Ukraina (einer Allianz von mehr als einem Dutzend kleinerer Parteien wie Ruch, Ukrainische Volkspartei, CDU, Reformen und Ordnung, Partei der Jugend, Solidarnist u.a.), die mit 22,35% siegreich aus den Parlamentswahlen 2002 hervorgegangen war, eine mitte-rechts Volkspartei nach westlichem Muster zu formen. Doch den gebetsmühlenartig vorgetragenen Lippenbekenntnissen der Parteivorsitzenden folgten keine Taten. Die Parteiführer selbst der Kleinstparteien pflegten ihr Ego und zogen es vor, lieber unbedeutende Häuptlinge als starke Indianer zu sein.

Nach der Wahl von Juschtschenko zum Präsidenten und mit Blick auf die Parlamentswahlen im März 2006 schien im März 2005 der richtige Augenblick gekommen zu sein, die Wahlallianz in eine einheitliche Partei mit dem Namen Volksunion Nascha Ukraina zu überführen. Der Gründungskongress bedeutete einerseits das Ende der Wahlallianz und die Geburt einer neuen Partei. Er war andererseits auch gleichzeitig – so die Erkenntnis heute – der Ursprung der Probleme der Volksunion, die das Überleben der Partei derzeit in Frage stellen. So war es der Parteiführung der Volksunion nicht gelungen, die wichtigsten Mitglieder der Wahlallianz, den Ruch, die Ukrainische Volkspartei und die Partei Reformen und Ordnung, in den Prozess der Parteigründung einzubeziehen und ihren Repräsentanten eine angemessene Quote im Präsidium und Parteirat zuzubilligen. Ganz im Gegenteil: Die Parteiführung von Nascha Ukraina legte in den Verhandlungen eine

unglaublichen Arroganz an den Tag und erreichte genau das Gegenteil. Zwei der drei Parteien distanzieren sich von Nascha Ukraina und gingen – allerdings erfolglos – ihre eigenen Wege. Die Ukrainische Volkspartei von Kostenko scheiterte 2006 an der 3%-Klausel und ist auf nationaler Ebene in der politischen Bedeutungslosigkeit angekommen. Die Partei Reformen und Ordnung ging ein Wahlbündnis mit PORA ein, blieb ebenfalls unter 3% und entschied sich erst kürzlich für eine Kooperation mit dem Block Julia Timoschenko (BJUT). Das bedeutet, auch diese Traditionspartei wird von der politischen Bildfläche verschwinden. Nur der Ruch von Außenminister Tarasjuk ging ein Wahlbündnis mit Nascha Ukraina ein und ist weiter im Parlament vertreten.

Die Volkunion Nascha Ukraina entwickelte sich indes zu dem, was sie eigentlich bekämpfen sollte: zu einer Partei der Macht, zu einem technologischen Projekt oder – anders ausgedrückt – zu einem Auffangbecken für einen bestimmten Kreis von Abgeordneten, die 2002 über Direktmandat ins Parlament gelangt waren und um ihre politische Zukunft angesichts der Wahlrechtsänderung bangen mussten, und nicht zu einer demokratischen Volkspartei mit überzeugendem Programm und transparenten und dezentralen Strukturen.

Mit dem wenig überzeugend klingenden Argument, als Präsident aller Ukrainer könne er sich nicht an eine Partei binden, klinkte sich Juschtschenko aus dem weiteren Parteibildungsprozess aus und wurde erst wieder aktiv, als es um die Erstellung der Wahllisten für die Parlamentswahlen ging. Sein Versuch, noch am Morgen vor dem entscheidenden Parteitag, der wegen der heftigen internen Auseinandersetzung einige Stunden später eröffnet wurde, seine Vorstellungen durchzusetzen, waren erfolglos.

Der Präsident distanzierte sich zunehmend von der Partei, gleichzeitig distanzierte sich die Partei vom Präsidenten. Das Memorandum, das Juschtschenko im September 2005 mit Janukowitsch schloss und sein Versuch, nach der Wahlniederlage im März 2006 ein Bündnis mit der Partei der Regionen einzugehen, enttäuschte einen großen Teil seiner Anhängerschaft und spaltete die Partei Nascha Ukraina. Die Pragmatiker, die seinem alternativlosen Kurs der nationalen Versöhnung folgen und bereit sind, das Risiko einer Koalition mit Janukowitsch einzugehen, stehen den Idealisten gegenüber, die den Gang in die Opposition und eine enge Verzahnung mit dem Block Julia Timoschenko bis hin zur Bildung einer Koalition in der Opposition für den einzig gangbaren Weg zur Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit halten.

Ob der Präsident und die Partei es wollen oder

nicht: sie sind in einer Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden. Das negative Rating des Präsidenten schlägt auf die Partei durch und das ununterbrochene Gezerre innerhalb der Partei schwächt den Präsidenten. Sehr zur Freude der Partei der Regionen und des Blockes Julia Timoschenko, die von der Krise bei Nascha Ukraina profitieren. Umso wichtiger ist es, die Beziehungen zwischen der Partei und dem Präsidenten auf eine feste Grundlage zu stellen und die Position des Präsidenten in der Partei klar zu definieren. Sollte es Nascha Ukraina nicht bald gelingen, ihren Platz im Parteienspektrum zu finden und erfolgreich zu verteidigen, wird auch sie sich überflüssig machen und die Entwicklung ginge in Richtung auf ein Zweiparteiensystem: Partei der Regionen und BJUT.

Ist Nascha Ukraina noch zu retten?

Viele Analysten neigen der Meinung zu, dass der Komapatient Nascha Ukraina die Intensivstation nicht lebend verlassen wird. Ein junger Hoffnungsträger, Mykola Katerintschuk, hat der Partei bereits entnervt den Rücken gekehrt und soll angeblich die Gründung einer neuen Partei planen. Die Ukrainische Volkspartei und der Ruch tragen sich mit dem Gedanken einer Parteienkonföderation, der sich andere Parteien des national-konservativen Spektrums und die Reste von Nascha Ukraina anschließen können. Diese Projekte haben etwas rührend Naives an sich und dürfen keine Zukunft haben, sind aber ein ernst zu nehmender Ausdruck von Unzufriedenheit in der Partei und einer gespannten Stimmung in der Fraktion.

Die Sitzung des Parteirats von Nascha Ukraina am 7. Dezember, die Juschtschenko in seiner Funktion als Ehrenvorsitzender persönlich moderierte und auf der er zahlreiche Reformvorschläge unterbreite, forderte er die Delegierten eindringlich auf, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Erneuerung der Partei zu schaffen, könnte einen Wendepunkt zum Guten darstellen. Der Leiter der Präsidialverwaltung Baloha wurde im dritten Wahlgang für zunächst 3 Monate zum neuen Vorsitzenden des Parteirats gewählt und soll nun gemeinsam mit Bessmertny, der die Position von Katerintschuk als Vorsitzender des Exekutivkomitees einnimmt, das Ruder in die Hand nehmen und die Partei auf Kurs bringen. Vordringliche Aufgabe von Baloha ist es, die Parteiarbeit effizienter zu gestalten, die regionalen Strukturen zu stärken, sich offensiv in die politische Diskussion im Land einzubringen und im Osten mehr Präsenz zu zeigen.

Ob die neue Parteiführung die Gunst der Stunde nutzt, ob die Radikalkur die erhoffte Wirkung zeigt

und tatsächlich ein Reformruck durch die Partei geht, der sie befähigt, in immer wahrscheinlicher werden den vorgezogenen Neuwahlen erfolgreich abzuschneiden, wird sich auf dem nächsten Parteitag in einigen Monaten zeigen, auf dem der Parteivorsitzende auf Vorschlag von Juschtschenko direkt von den Delegierten gewählt werden soll. Die in die Schranken gewiesenen alten Seilschaften um Poroschenko und

Tretjakow, die es nicht ins 15-köpfige Präsidium geschafft haben, werden sich nicht widerstandslos aufs Abstellgleis schieben lassen. Die Partei steht weiter vor einer Zerreißprobe. Nur die Frontlinien sind jetzt klarer. Der Zustand des Komapatienten hat sich ein wenig stabilisiert, außer Lebensgefahr ist er noch längst nicht.

Über den Autoren:

Ralf Wachsmuth ist vom 01.07.2003 bis 31.12.2006 Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dokumentation

Präsident Viktor Juschtschenko zur politischen Lage

Eine Demokratie schaffen

Die Orange Revolution in der Ukraine lebt weiter

Von Viktor Juschtschenko

Washington Post, 29 November 2006, Page A23

Vor zwei Jahren scheiterte der Versuch eines autoritären Regimes die Präsidentenwahlen in der Ukraine zu manipulieren. Als die offiziellen Ergebnisse bekannt wurden, strömten aus Misstrauen und Protest Millionen von Bürgern auf die Straße. Sie stellten sich gegen die diskreditierten Offiziellen, die sich hinter Rechtsvollstreckungskräften versteckten, um ihre Macht zu erhalten. Diese Tage und Wochen sind als Orange Revolution in der Ukraine bekannt geworden.

Seitdem war es als Präsident mein Ziel, die Demokratie zu festigen und sicherzustellen, dass sie unumkehrbar ist. Viele der Missstände in meinem Land wurden beseitigt. Wir halten an unserem unerschütterlichen Engagement für die Prinzipien der Freiheit fest. Wir beschlossen, die Verfassungsordnung umzuwandeln von einer autoritären Präsidentschaft hin zu einer Koalitionsregierung, eingesetzt durch das Parlament, um das Land aus der politischen Sackgasse zu führen. Wir schafften die staatliche Zensur der Medien ab und verbot die Störung der Nachrichtenberichterstattung.

Dieses Jahr wurden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene freie und faire Wahlen abgehalten. Die friedliche und demokratische Transformation des Staates zu überwachen, während sie meine früheren politischen Gegner zurück an die Macht brachte, war eine einzigartige Bewährungsprobe für mich. Aber neben den nationalen Erfolgen und wirtschaftlichen Errungenschaften unter zwei „orangen“ Ministerpräsidenten gab es auch Enttäuschungen und Fehleinschätzungen. Die inneren Auseinandersetzungen zwischen meinen politischen Verbündeten waren die größte Enttäuschung. Einige „orange“ Politiker ignorierten ihre grundlegende Pflicht dem Gemeinwohl zu dienen. Stattdessen wurden das Erreichen politischer Macht und im Rampenlicht Stehen zu ihren Zielen. Während die Demokratie unseres Landes weiter reift, bin ich überzeugt, dass ein junger Kader von Führungspersonlichkeiten die Ränkespiele der ukrainischen demokratischen Parteien durchbricht und eine politische Erneuerung schafft.

Unter meiner Aufsicht wurde die Korruption, die historisch bisher von der Präsidialverwaltung ausging, unterbunden. Tausende von Wahlbeamten, Steuerbeamten, Streifenkontrollen, Straßenpolizisten und Zollbeamten erhielten schon für geringe Korruption ihre gerechte Strafe. Aber noch bleiben die größten Vergewaltiger der Staatsbehörden wegen unreformierter Staatsanwaltschaften und korrupter Gerichte unbehelligt. Ich habe zuletzt einige Anti-Korruptionsgesetze erlassen, um das Strafrechtssystem und die Gerichte zu reformieren und ich werde weiter Druck auf das Parlament ausüben, damit es schnell handelt.

Weil wir dieses Jahr mit inländischen politischen Reformen beschäftigt waren, gelang es uns nicht, effektiv mit unseren internationalen Partnern zu kommunizieren. Ich möchte erklären, wo die Ukraine jetzt steht und wohin

ihr Kurs geht. Demokratie und Stabilität, zwei miteinander verbundene Prinzipien, bilden die Basis meiner Agenda. Deshalb werde ich weiter Verfassungsreformen anstreben, um eine effiziente Regierungsarbeit zu erleichtern und die Rückkehr von Autoritarismus und unrechtmäßiger Herrschaft zu verhindern.

Heute existiert ein machtpolitisches Gleichgewicht zwischen zwei direkt gewählten demokratischen Körperschaften, dem Präsidenten und dem Parlament. Der Ministerpräsident, obwohl nicht direkt gewählt, repräsentiert eine Mehrheit der Abgeordneten. Gesetze welche die Rolle der Regierungskoalition und der Opposition spezifizieren stehen noch aus. Damit keine Missverständnisse entstehen: Wir teilen zusammen die Verantwortung für die Gestaltung, Ausführung und Kontrolle der Gesetze und der Staatspolitik.

Zweitens sind die Verfassungsreformen unvollendet und als Resultat gibt es eine politische Ungleichmäßigkeit. Wir werden fortfahren damit, ein verlässliches System von „checks and balances“ zwischen Präsident, Parlament und Regierungskoalition zu verfeinern, um die politische Entscheidungsfindung zu beschleunigen. Um diese Ziele zu erreichen, habe ich eine Gruppe von Verfassungsexperten eingesetzt, die Veränderungen zur Stärkung unserer bestehenden demokratischen Institutionen vorschlagen soll.

Drittens fördert unser Gesetz über Nationale Sicherheit die Teilnahme und Mitgliedschaft in pan-europäischen und regionalen Systemen kollektiver Sicherheit. Die Mitgliedschaft in der EU und der Nato, wie auch gute Beziehungen und strategische Partnerschaften mit Russland und anderen Mitgliedern der GUS sind keine romantischen Ideen der Orangen Revolution sondern im ukrainischen Recht begründet. Der Präsident, die Regierungskoalition und das Parlament bestimmen die Geschwindigkeit mit der diese Ziele erreicht werden.

Am wichtigsten ist, dass sich die demokratischen Debatten in Kiews Regierungsgebäuden nun um Ideen über konkurrierende Wirtschaftstheorien, Werte und Weltanschauungen drehen. Unser gegenwärtiges System von „checks and balances“ benötigt Politikkoordination, Parteien-Koexistenz und politische Kompromisse um uns vorwärts zu bringen. Nicht jeder mag diese neuen Spielregeln und einige haben Probleme in dieser neuen Realität klarzukommen, aber die ukrainische Demokratie wird fortbestehen.

Als Präsident ist es meine historische Aufgabe zu garantieren, dass die nationalen Ziele der Ukraine erreicht werden, nicht durch politische Diktate sondern durch einen institutionalisierten demokratischen Prozess der Regierungskreise und Bürgergruppen zusammenbringt. Ich bin überzeugt, dass eine inklusive Demokratie eine der bedeutendsten und dauerhaftesten Errungenschaften der Orangen Revolution ist.

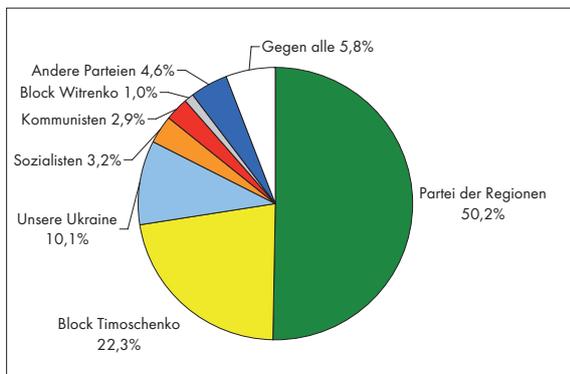
Übersetzung: Tobias Schulz

Quellen:

http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/11/28/AR2006112801278.html?nav=rss_print/editorialpages
http://www.president.gov.ua/news/data/26_12155.html

Umfrage

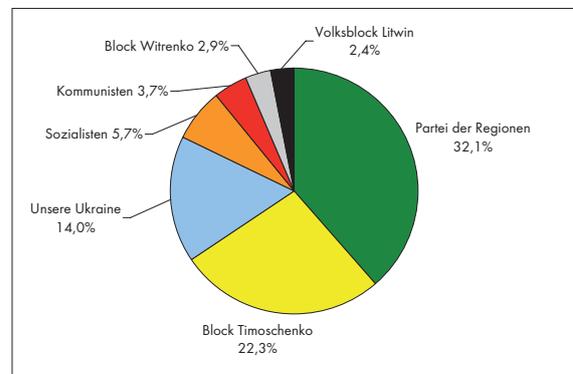
Wen würden Sie wählen, wenn in den nächsten Tagen Parlamentswahlen stattfinden würden? (Juli 2006)



Anmerkung: Wahlbeteiligung: 56%

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS)
<http://www.kiis.com.ua/txt/doc/17072006/kiis.doc>

Zum Vergleich: das amtliche Endergebnis der Parlamentswahlen vom 26. März 2006



Anmerkung: Wahlbeteiligung: 67,7%

Quelle: Zentrale Wahlkommission,
<http://www.cvk.gov.ua/vnd2006/w6p001.html>

Chronik
Vom 28. November bis zum 12. Dezember 2006

28.11.2006	Das Parlament verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Hungersnot 1932-33. Die Hungersnot wird als Völkermord bezeichnet.
28.11.2006	Präsident Viktor Juschtschenko nimmt am GUS-Gipfeltreffen in Minsk teil.
29.11.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch verliert in einer im Fernsehen übertragenen Regierungssitzung ein offizielles Schreiben des Außenministeriums, das ihn informiert, dass seine USA-Reise auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse, da er nicht um die Zustimmung des Präsidenten für eine Regierungsverordnung zu den Zielen der Reise nachgesucht habe. In der Sitzung unterzeichnet Janukowitsch die Regierungsverordnung, die anschließend vom Präsidenten genehmigt wird. Janukowitsch erklärt, dass er seine Vorbehalte gegen den Außenminister schriftlich an das Parlament geben werde.
29.11.2006	Das Parlament akzeptiert den Rücktritt des Ministers für Familie und Sport, Juri Pawlenko, den er nach dem Rückzug von Nascha Ukraina aus der Regierungskoalition eingereicht hatte.
30.11.2006	Das Misstrauensvotum des Parlaments gegen Innenminister Juri Luzenko scheitert, da drei Stimmen zur erforderlichen Mehrheit von 226 Stimmen fehlen.
30.11.2006	Bei einem Arbeitsbesuch in Moskau trifft Ministerpräsident Viktor Janukowitsch mit seinem russischen Amtskollegen Michail Fradkow sowie mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen. Putin kündigt einen Besuch in Kiew für den 22.12. an.
1.12.2006	Das Parlament stimmt für die Entlassung von Außenminister Boris Tarasjuk und Innenminister Juri Luzenko.
1.12.2006	Das Parlament bestätigt Viktor Korsh als neuen Minister für Familie und Sport sowie Wasil Zuschko als neuen Innenminister.
3.12.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch trifft zu einem fünftägigen offiziellen Besuch in den USA ein, wo er u.a. mit Vizepräsident Dick Cheney und Außenministerin Condoleezza Rice zusammentrifft.
5.12.2006	Präsident Viktor Juschtschenko bestätigt in einem Erlass seine Personalkompetenz für das Außenministerium und erklärt die Entlassung des Außenministers durch das Parlament für ungültig.
6.12.2006	Das Parlament verabschiedet den Staatshaushalt für 2007.
6.12.2006	Das Parlament verabschiedet das neue Privatisierungsprogramm mit 226 von 450 Stimmen. Die größten vorgesehenen Privatisierungsobjekte sind Anteile an Ukrtelekom und 12 regionalen Stromproduzenten. Die staatlichen Einnahmen aus der Privatisierung sollen sich 2007 auf umgerechnet 2 Mrd. US-Dollar belaufen.
7.12.2006	In Kiew demonstrieren 5.000 Menschen vor dem Rathaus gegen eine Erhöhung der Wohnungsnebenkosten. Bürgermeister Leonid Tschernowetski hatte für den Monatsanfang eine drastische Erhöhung der Tarife für Strom und Erdgas verfügt. In der Ratssitzung kommt es zu einem Handgemenge zwischen den Abgeordneten. Am 12.12. erklärt Juschtschenko, dass er notfalls die Erhöhung annullieren werde. Der Bürgermeister kündigt daraufhin, eine Senkung der Tarife um 10% sowie für Einkommensschwache um 50% an.
11.12.2006	Der stellvertretende Wirtschaftsminister Valeri Pjatnizki erklärt, dass er mit einem ukrainischen WTO-Beitritt in der ersten Jahreshälfte 2007 rechnet.
12.12.2006	Präsident Viktor Juschtschenko unterzeichnet den am 6.12. vom Parlament verabschiedeten Staatshaushalt nicht, da die festgelegten minimalen Sozialstandards (Mindestlohn, Mindestrente) nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de